

vida

66. Kronen Zeitung, 01.05.2015 (S. 26)

Hai zeigte Politik die Zähne

**Demonstration vor Landhaus gegen Dumpinglöhne im öffentlichen Verkehr
Opposition fordert zum heutigen Tag der Arbeit von Regierung mehr Mut Kritik
an Innsbrucks Parkraumplänen**



Ein riesiger Hai und Protest gestern vor dem Landhaus Innsbruck

Haselwanter-Schneider (Fritz)

AK-Präsident Erwin Zangerl

Das Landhaus in Innsbruck hat vor und hinter seinen Türen wahrlich schon viel erlebt. Ein riesengroßer Hai verirrt sich jedoch bisher noch nie dorthin. Verirrt hatte sich der gestrige aber auch nicht wirklich. Im Gegenteil: An die 150 Betriebsräte machten ihrem Unmut über Entwicklungen im öffentlichen Verkehr Luft. Motto: „Zähmt den Dumpinghai!“ Adressiert war der Protest an die Teilnehmer des Treffens der Landesverkehrsreferenten im Landhaus (bei dem – obwohl angekündigt –, nicht wirklich weichenstellende Maßnahmen beschlossen wurden, sondern eher viel heiße Luft durch den Sitzungsraum strömte). Aber zurück zum Protest: „Wir wollen weg vom Billigstbieterprinzip und hin zum Bestbieterprinzip bei Ausschreibungen von öffentlichen Verkehrsdiensten. Wir brauchen mehr Qualitätskriterien wie etwa Maßnahmen zum Schutz des Personals und Einhaltung der KV-Bestimmungen“, betonte Tirols vida-Landesvorsitzender Günter Mayr. Zusatz: Qualität hat ihren Preis. Augen- und Ohrenzeugen dabei auch Verkehrsminister Alois Stöger (SPÖ) und Tirols Verkehrslandesrätin Ingrid Felipe, die ja Gastgeberin des Treffens war. Beide sagten in bezug auf das Bestbieterprinzip Unterstützung zu, wie immer die auch aussehen wird. Die **Gewerkschafter** kritisierten aber auch, dass immer mehr ältere Arbeitnehmer ihren Job an jüngere, unerfahrene und somit billigere Mitarbeiter verlieren. Und das bei allgemein ansteigender Arbeitslosigkeit in Österreich bei über 50 Jahre alten Beschäftigten.

Ins praktisch gleiche Horn, aber einige Hundert Meter weiter, stieß die Liste Fritz, freilich die schwarz-grüne Regierung kritisierend. „Wenn das Land selbst kaum Über-40-Jährige einstellt, braucht es nicht die Privatwirtschaft dazu aufzufordern. Wenn im Jahr 2014 von den Neuaufnahmen in den Landesdienst 84% unter 40 Jahre und nur 16% über 40 Jahre alt waren, handelt die Landesregierung nicht vorbildhaft“, betonte Fritz-Klubobfrau Andrea Haselwanter-Schneider. Die Rekordarbeitslosigkeit in Tirol mit mehr als 30.000 Joblosen verlange Rekordmaßnahmen und dafür brauche es Rekordmittel! „Wir vermissen die kämpferische Ansage und die Vision dieser Landesregierung, sich für Vollbeschäftigung und ein Recht auf Arbeit für jeden Tiroler einzusetzen. Wir vermissen die Leidenschaft, der Fürsorgepflicht für die Menschen im Land nachzukommen. Und wir vermissen eine ambitionierte Zielsetzung, beispielsweise bis zum Ende der Legislaturperiode 20.000 arbeitslose Tiroler weniger zu

erreichen.“

Auch die SPÖ fordert von der Landesregierung mehr Mut und Kraft. „Auf landepolitischer Ebene brauchen wir endlich entsprechende Akzente. Die schwarz-grüne Investitionspolitik muss überdacht werden! Das Land soll Geld für eine Wohnbauoffensive und den Ausbau der Infrastruktur in den Regionen in die Hand nehmen“, fordert Tirols SPÖ-Chef Ingo Mayr.

Modernes Raubrittertum, Abzocke, Belastungspaket, Schikane Die Opposition in Innsbruck lässt (naturgemäß) kein gutes Haar am Parkkonzept der Regierung.

„Notwendige Begleitmaßnahmen fehlen nach wie vor. Das Konzept ist unausgegoren, teuer für die Menschen und belastend für die Wirtschaft“, sagen StR Franz X. Gruber und VP-Klubobfrau Barbara Traweger-Ravanelli. „Die Wirtschaft beschwert sich seit Monaten. Doch die Stadtregierung negiert die eklatanten Missstände“, erklären Rudi Federspiel und Markus Abwerzger (FPÖ). „Die Pendler sind nicht das Problem für den knappen Parkraum in Innsbruck“ berichtet AK-Präsident Erwin Zangerl. „Wir erneuern unsere Forderung, dass die Stadt für Parkstraßen endlich eine echte Pendlerkarte anbietet!“ C. Meinert/Ph. Neuner

67. Tiroler Tageszeitung, 01.05.2015 (S. 8)

Höhere Mineralölsteuer könnte die Maut ersetzen



Innsbruck - Die Landesverkehrsreferenten halten an einem flächendeckenden Abgabenmodell für Lkw auf Bundes- und Landesstraßen fest. Nur werden jetzt Alternativen zur den herkömmlichen Vorschlägen einer kilometerabhängigen Maut, die 577 Mio. Euro bringen würde, geprüft; u. a. eine Erhöhung der Mineralölsteuer bei Zweckwidmung der Einnahmen für Straßenerhalt und den öffentlichen Verkehr. Darauf haben sich die Landesverkehrsreferenten bei ihrer Sitzung in Innsbruck geeinigt. Vor allem Tirols Verkehrsreferentin LHStv. Ingrid Felipe (Grüne) machte sich für Alternativen stark, schließlich müsse aus ihrer Sicht auch der europäische Kontext berücksichtigt werden. „ Und es benötigt ein Lenkungssystem“, sagt Felipe. Unter Federführung Vorarlbergs soll eine Arbeitsgruppe bis nächstes Jahr konkrete Vorschläge ausarbeiten. „ Mauten und Straßenerhaltung werden auch Thema der Finanzausgleichsverhandlungen sein“, betont Felipe. Protest kommt unterdessen aus der Wirtschaft: LR Patrizia Zoller-Frischauf (VP) kritisierte, neue Belastungen für die Betriebe und Konsumenten zu erfinden sei gerade in einer Zeit, in der die heimische Wirtschaft kaum wächst, kontraproduktiv. „ Unser Ziel muss Entlastung sein.“

In dieselbe Kerbe schlägt Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Bodenseer (VP). Tirol wäre ganz besonders betroffen, weil hier schon alle Schnellstraßen und Autobahnen mit einer Sondermaut für Lkw und Busse belegt seien. „ Zusätzliche Belastungen gefährden den Wirtschaftsstandort und vernichten Arbeitsplätze.“

Vor der Konferenz protestierte die **Transportgewerkschaft** Vida gegen Sozial- und Lohndumping bei Ausschreibung von Busverkehren. Verkehrsminister Alois Stöger (SP) versicherte, dass es im öffentlichen Bereich Qualitätskriterien und das Bestbieterprinzip gebe. Die Verkehrspolitiker forcieren übrigens ein einheitliches Ticket- und Tarifsysteem für die Öffis. (pn)